

Political Correctness und pädagogische Kritik. Einleitende Bemerkungen

Seit seiner ersten Ausgabe von 1992 mit dem Titel „Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess“ greift das *Jahrbuch für Pädagogik* gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen auf und stellt diese in eine doppelte Beziehung zur pädagogischen Diskussion: Einerseits wird zeitdiagnostisch gefragt, welche Konsequenzen die jeweils fokussierten Entwicklungen für die dominante Auffassung und Formierung von Erziehung und Bildung sowie für die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Konzeptionen haben. Dabei ist die Perspektive leitend, dass sich pädagogische Verhältnisse und Bildungsprozesse weder jenseits von gesellschaftlichen Beanspruchungen und Bedingungen begreifen, noch aus diesen im Sinne eindeutiger Determination ableiten lassen. Andererseits sind gesellschaftliche Entwicklungen nicht erst auf der Ebene ihrer pädagogischen Effekte mehrdeutig und widersprüchlich, sondern stellen komplexe Herausforderungen dar, die bspw. auf materielle, kulturelle, politische, sozialstrukturelle oder technologische Phänomene und Umwälzungen sowie deren Interdependenz bezogen werden können. Gesellschaftsdiagnostische Bestimmungen sind daher nicht nur eine notwendig vorläufige Angelegenheit, sondern zudem in den Streit um die angemessene Einordnung des *Status Quo* und die Bewertung weiterführender Selbstverständigungen involviert. In der Umstrittenheit sowohl dessen, was gegenwärtig gesellschaftlich der Fall ist, als auch jeder Orientierung, wie diesen Bedingungen pädagogisch begegnet werden kann, zielt das *Jahrbuch für Pädagogik* auf Auseinandersetzungen entlang kontroverser Positionen, um Räume der Kritik und Neufassung zu eröffnen.

Wenn nun „Political Correctness“ als titelgebender Bezugspunkt der aktuellen Ausgabe aufgerufen wird, ist damit die These verbunden, dass sich hierin gesellschaftliche Konfliktlinien abbilden und formieren, die weit über die Frage nach einer ‚respektvollen‘ Ausdrucksweise hinausgehen. Political Correctness ist deshalb kein einfach zugänglicher ‚Gegenstand‘ im Sinne eines spezifischen Phänomens oder Trends. Man könnte vielmehr sagen: Political Correctness ist selbst bereits ein zur Chiffre verkürzter Ausdruck einer Gesellschaftsdiagnose, die aus unterschiedlichen politischen Motiven heraus formuliert wird. Aus dieser Perspektive treten an die Stelle des ‚bloß‘ normierenden Moments einer nur scheinbar positivierbaren ‚Korrektheit‘ nun verschiedene Standpunkte und Praktiken, die gerade mit dem Anspruch der Öffnung des politischen Raums, der Ausweitung von Teilhabe und der Antidiskriminierung verbunden sind. Um zu

verstehen, dass diese in sich heterogenen Anliegen als möglicher Bezugspunkt neuer Ausgrenzung und Bevormundung wahrgenommen werden, ist ein komplexes Spektrum an Verflechtungen in den Blick zu nehmen.

Political Correctness und das Politische

Veränderungen und Tendenzen in der politischen Kultur der sogenannten westlichen Demokratien stehen gegenwärtig also erneut im Zentrum der Aufmerksamkeit. Etwas Grundsätzliches scheint sich seit den ersten Versuchen, die politische Kultur im Fall von Systemwechsel und Transition systematisch zu erfassen und auf sie einzuwirken (Re-Education nach 1945 in Österreich und Deutschland, Qualität der Demokratisierung in Ost- und Südosteuropa nach 1989), bewegt zu haben. Die symbolische und imaginäre Dimension des Politischen kann offenbar nicht länger vernachlässigt werden, begreift man politische Kultur als ein Zusammenspiel von „kulturellen Praktiken, Diskursen, Symbolen, Bildern und Inszenierungen“ (Diehl 2019, S. 45).

Ein bisher ausgeblendetes spezifisches Motiv der angedeuteten Gemengelage bietet sich damit als Begriff und Gegenstand systematischer Reflexion geradezu an: die *gesellschaftspolitische* Bedeutung der Political Correctness. Wird unter Political Correctness die Bemühung um eine Sensibilisierung hinsichtlich der sprachlichen Repräsentation sowie der an politischer Gleichheit orientierten Umgangsweise mit gesellschaftlicher Pluralität verstanden, lassen sich mit diesem Begriff unterschiedliche Einsätze im Feld der politischen Kultur angesichts fortschreitender Fragmentierung in Verbindung bringen.

Für die einen steht Political Correctness als Kennzeichen einer Tendenz, in der eine sich auf Antidiskriminierung fokussierende „kulturelle Linke“ ihre Verbindung zum Arbeitermilieu nicht nur allmählich verliert, sondern ihren gesellschaftlichen Einfluss gerade durch die Distinktion von dieser sozio-politischen Herkunft sichert.¹ Für andere ist Political Correctness unmittelbarer Beleg für einen durch akademische, politische wie mediale Eliten durchgesetzten „Hypermoralismus“, der auf Kosten der Rede- und Meinungsfreiheit zu Tabus und Zensur greife, um andere Auffassungen aus öffentlichen Debatten auszugrenzen.² Daneben finden sich zudem Perspektiven, für die Political Correctness weder ein rechtspopulistischer Kampfbegriff noch ein spezifisch linkes Projekt, sondern im Sinne der Berücksichtigung von (z.B. geschlechtlichen) Unterschieden und Minderheitenfragen eine Konsequenz des Liberalismus ist, der sowohl im Hinblick auf demokratische Repräsentationsformen auf die Anerkennung pluralistischer Bedingungen verwiesen ist wie auch in ökonomischen Kontexten Diversität für Innovation, Konsumtion und Wettbewerb zu nutzen sucht.³ Political Correctness – so könnte ein erster Gesamteindruck lauten – handelt nicht nur

inhaltlich von der Relevanz und Wirkmächtigkeit von sprachlich-symbolischen Ordnungsweisen, die soziale Zugehörigkeiten und Wertigkeiten benennen oder dethematisieren; in den gegenwärtigen politischen Kontroversen erlangt „Political Correctness“ vielmehr selbst eine je spezifische Bedeutung, über die sich heterogene Positionierungen und Grenzziehungen hervorbringen lassen.

Folgt man öffentlich ausgetragenen Kontroversen, scheint dennoch längst entschieden zu sein, dass es sich bei der Political Correctness um eine eher problematische Formierung oder Verstellung des Politischen handelt. So ist nicht nur für die international sich als ‚Alternative‘ in Szene setzende antidemokratische Rechte der Verweis auf Political Correctness der Inbegriff für den ‚manipulativen‘ Gestus einer sich ‚vom Volk‘ entkoppelnden Elite.⁴ Vielmehr haben auch Mitglieder der deutschen Regierung den Wahlsieg Donald Trumps mit einer „kulturellen Distanz“ zwischen Parteien und Bevölkerung in Verbindung gebracht, die mitunter auf ein „Übermaß“ an Political Correctness zurückzuführen sei.⁵ Auch die mediale Berichterstattung scheint sich in diesem Punkt einig. Die Wahl sei nicht nur als ein „krachendes Votum“ gegen die herrschende Elite in Washington zu verstehen, sondern auch gegen die politische Korrektheit, die Trump „ebenso ungeniert wie systematisch“ unterlaufe.⁶ Während der Verweis auf Distanzen in der politischen Kultur nicht nur auf Repräsentationsprobleme in fragmentierten Gesellschaften, sondern auch auf konfliktreiche bis antagonistische Beanspruchungen von politischen Zugehörigkeiten verweist, mag doch zumindest irritieren, dass ein zumeist diffus bleibender Verweis auf Political Correctness reflexartig als eine Ursache für diese Entwicklungen herhalten muss.

Die Irritation nimmt zu, führt man sich vor Augen, welche Reaktionen der Begriff „Political Correctness“ bereits in irgendwie politisiert erscheinenden Alltagskontexten durchgängig hervorruft. Ob in einschlägigen TV-Formaten, differenzierten Analysen im Print oder Diskussionen in den *Social Media*, selbst im Austausch von Höflichkeitsfloskeln – der Verweis auf ein Bedrohungsszenario allgegenwärtiger Fallstricke sowie auf eine diffuse Verunsicherung bezüglich der eigenen Artikulationsmöglichkeiten ist ein wiederkehrendes Motiv der Sorge um den eigenen Spielraum im sozialen Gefüge.⁷ Sehr rasch kommt die Rede auf Gefühle: Man fühle sich unwohl, weil nichts mehr gesagt werden dürfe; man fühle sich gewissermaßen zensiert, diffamiert, an den Pranger gestellt etc. Aber auch dem imaginierten Gegenüber, auf dessen Berücksichtigung die ‚Politische Korrektheit‘ ziele, werden vordergründig Gefühle zugeschrieben. So herrsche eine übertriebene Empfindlichkeit; überhaupt sei man heutzutage so schnell beleidigt. Es scheint mit anderen Worten eine enge Beziehung von Betroffenheit und Political Correctness zu geben, von sozialen Verletzungen und Empörungen und einer Empörung über die Berücksichtigung bestimmter Verletzbarkeiten – aber nicht der eigenen. Political Correctness geht an die Nerven (vgl. u.a. Dussini/Edlinger 2012; Nassehi

2017); doch wann ein zu viel oder gerade ein zu wenig an sprachlicher Sensibilität „nervt“, ist die Frage eines Empfindens, über das sich offenbar weniger streiten als vielmehr Zugehörigkeit stiften lässt. Anstelle von konfligierenden Ansichten zu gesellschaftlichen Problemlagen geht es dann um Fragen der persönlichen Bestätigung und um die Aufwertung des Eigenen entlang der Abwertung des Anderen. In diesem Sinne scheint die politische Kultur von einer Kultur des Ressentiments und des Narzissmus geprägt. Vor einem ähnlichen Hintergrund problematisiert Isolde Charim (2018) den identitätspolitischen Kern der Political Correctness-Debatte, der gegenüber einer auf Pluralität zielenden Universalisierung immer wieder auf eine Festlegung des Eigenen wie des Anderen hinauslaufe. Diese Festlegung ist jedoch nicht länger haltbar, zumal das „unhintergehbare Faktum“ (ebd., S. 29) der Pluralisierung alle betrifft. Wenn es angesichts der Vielzahl keine „selbstverständliche Kultur“, keine „selbstverständliche Zugehörigkeit“ gibt, dann läuft die so drängende Frage: „Wer bist du?“ (ebd., S. 181) stets ins Leere.

Betrachtet man nun die Auswirkungen der Debatte um Political Correctness, so ist die inhaltliche Überlagerung des Politischen und Emotionalen augenfällig. Es lässt sich jedenfalls konstatieren, dass Fragen der gesellschaftlichen Verteilung und Teilhabe in den Hintergrund treten, stattdessen Emotionen, die mit politischen Prinzipien und öffentlichen Belangen wenig zu tun haben,⁸ thematisiert werden. Handelt es sich bei der Political Correctness also um ein Symptom, das die Problemstellungen einer neuen politischen Kultur markiert?

Pädagogische Kritik

Die damit verbundenen Fragen – z.B. nach dem Verhältnis von Zugehörigkeit und Identität, von Demokratie und Populismus, von Emotionalität und Sachlichkeit – enthalten auf ihre Weise pädagogisch und bildungstheoretisch relevante Aspekte. Deutlich wird mit einem analytischen (statt pejorativen) Verständnis von Political Correctness auch, dass die gezielte oder implizite Bemühung um nicht-hierarchisierende Ausdrucks- und Umgangsformen entlang pädagogischer Parameter gelesen werden kann. In diesem Sinne lässt sich das Versprechen einer Political Correctness als Ausdruck aufklärerischer Versittlichung begreifen: Die Einschränkung der Freiheit – auch der Meinungsfreiheit – hätte dann, frei nach Kant, ihre Berechtigung darin und nur insoweit, als sie der „Kultivierung der Freiheit“ dient. Die aufklärerische Hoffnung auf die Versöhnung von Freiheit und Vernunft durch einen übergenerationalen Prozess der Erziehung mag zwar illusorisch gewesen sein – und die Verstrickungen der Aufklärungspädagogik in die „schwarze Pädagogik“ zeigen ihrerseits den Umschlagspunkt von Versittlichung in Zwang – und dennoch ist das Versprechen auf die Möglichkeit einer Selbst- und Mitbestimmung unter

Gleichen und Freien für bürgerliche Demokratien konstitutiv. In diesem Sinne lassen sich die Demokratisierungsbewegungen, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts u.a. als Schwarzen-, Bürgerrechts- und Frauenbewegung, als ‚Krüppel‘-Bewegung und als LGBT*-Pride- oder Queerbewegung um veränderte Teilhabe- und Anerkennungsbedingungen kämpfen, als Aufklärungsbewegungen zweiter Ordnung verstehen: als nachholende Emanzipationen, die den Herrschaftsanspruch des weißen, männlichen Bürgers zurückzuweisen suchen.

Eine pädagogische Valenz enthält die Thematik schon insofern, als die Rede vom ‚Korrekten‘ immer auch die Möglichkeit einer belehrenden Korrektur und die Bringschuld einer Besserung mit sich führt. Damit ist den Bezugnahmen auf ‚Political Correctness‘ ebenso die Suggestion eines asymmetrischen gesellschaftlichen Verhältnisses eigen, in dem entlang einer hegemonialen, ‚legitimen Kultur‘ (Bourdieu 1982) belehrt und selektiert wird (vgl. Paoli 2018, Koppetsch 2019), wie auch ein verkürztes, letztlich auf ‚Verachtung‘ verweisendes Verständnis vom Pädagogischen (vgl. Ricken 2007): Im Zerrspiegel der PC-Kritik erscheint Pädagogik als Inbegriff von Moralpredigt und Infantilisierung, als normierende Fremdbestimmung sowie als Machtmittel der herrschenden Eliten. Wird jedoch Pädagogik mit Bevormundung in eins gesetzt, erscheint es kaum möglich, das Verhältnis von Bildung, demokratischer Kultur und politischer Öffentlichkeit auch als pädagogische Problemstellung zu diskutieren.

Demgegenüber wären pädagogische Verhältnisse im Zusammenhang einer unabgeschlossenen Demokratisierung der Demokratie zu denken, als Bemühung um eine Kultivierung des Dissenses (vgl. Reichenbach 2001), die selbst nicht außerhalb des Streits um politische Bedingungen und symbolische Ordnungen zu begreifen ist, sondern als ein eigener Einsatz in diesen. In diesem Sinne wäre durchaus zu fragen, inwiefern die gegenwärtigen Debatten um Political Correctness eine politisch-pädagogische Programmatik erkennbar werden lassen: eine Programmatik freilich, die sich weniger auf die Intentionen einzelner Akteure zurückführen lässt, sondern als ein Strukturmoment in der gesellschaftlichen Konstitution von Demokratie aufzufassen wäre. Political Correctness wäre dann in eine historisch-systematische Linie nicht nur mit Bürgerrechts-, Frauen- und sozialen Minderheitenbewegungen zu stellen, deren Kämpfe um Anerkennung im Spannungsfeld von Gleichheit und Differenz angesiedelt sind. Versteht man Political Correctness als einen Ausdruck der Bemühung um eine der Demokratie entsprechende politische Kultur und Lebensform, so ist diese in der Tat ebenso mit Konzepten der Re-Education nach 1945 – wenn man so will: der soziokulturellen Entnazifizierung – in Verbindung zu bringen wie mit ‚antiautoritären‘ und an Gleichberechtigung orientierten Initiativen um 1968 oder auch mit Aneignungen von ‚basisdemokratischen‘ Vergemeinschaftungsformen im Zuge des zerfallenden Ostblocks in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren.

Die Relation von Pädagogischem und Demokratie in dieser Weise zu konturieren, heißt dann jedoch auch, pädagogische Formen und Programmatiken selbst unter Vorbehalt zu stellen und der Kritik zu öffnen. Pädagogische Verhältnisse können vor diesem Hintergrund als Lehr-/Lernverhältnisse beschrieben werden, in denen sich die Positionierung von Lehrenden und Lernenden immer wieder überlagert, verschiebt oder austauscht (ein Motiv, das sich in vielen Relationierungen von Politischem und Pädagogischem findet; vgl. exemplarisch Freire 2008; Sternfeld 2009). In diesem Sinne schrieb Wolfgang Fritz Haug (1999) in einer Art programmatischem Zwischenfazit zur Political Correctness-Debatte⁹: „Pieße ist also zweideutig. Sie kann ein Zeichen sein, dass etwas gelernt worden ist, dass jedoch zuwenig gelernt worden ist. Dafür gibt es viele Beispiele. Die meisten lassen sich beschreiben als zu kurz greifende Lernvorgänge. Weil sie zu kurz greifen, werden sie zum Vehikel, auf dem ich plötzlich ins Terrain des Gegners hinübergeleite“ (ebd., S. 99). „Es kommt an auf den Unterschied zwischen dem dynamischen schön Reden und dem Schönreden. Die Losung muss also lauten: *Spracharbeit statt Sprachregelungen, Dynamik statt statischer Wohlordnung*. Der Vorzug gebührt der Kritik mit Witz, die gängigen Worte umdrehend, also dem, was man das *Instandbesetzungs-Paradigma* der politischen Sprache nennen könnte“ (ebd., S. 106; Hervorh. i. O.). Diese „Losung“ aufgreifend fokussiert das vorliegende Jahrbuch die in den Bezugnahmen auf Political Correctness selbst liegende „Dynamik“, die Produktivität und Ambivalenz ihrer politisch-pädagogischen Spur.

Zu den Beiträgen

Das Jahrbuch für Pädagogik 2018 geht den gegenwärtigen Problemstellungen der politischen Kultur nach, indem das Motiv ‚Political Correctness‘ aus der scheinbaren Eindeutigkeit der illegitimen Zurechtweisung herausgelöst und als im wortwörtlichen Sinne frag-würdiger Untersuchungsgegenstand aufgefasst wird. Von besonderem Interesse ist dabei die Nähe und Überschneidung mit pädagogischen Bezugspunkten. Dabei werden Effekte der Pädagogisierung in sozialen Konfliktfeldern thematisiert, ohne diese per se für emanzipatorisch oder für prinzipiell verwerflich zu halten. Gerade die Widersprüche und Ambivalenzen der Political Correctness verbinden diese mit dem Pädagogischen – und verweisen auf die Notwendigkeit einer pädagogischen Kritik. Mit Bezug auf ausgewählte thematische Fokussierungen wurden Autor*innen eingeladen, Political Correctness im vorliegenden Jahrbuch begrifflich zu erkunden, Bezugspunkte von Kritik zu formulieren und aktuelle Entwicklungen zu analysieren. Die entsprechende Struktur, *I. Political Correctness – begriffliche Erkundungen zwischen Politik und Moral*, *II. Zugehörigkeit und Differenz – Identität als Bezugspunkt der Kritik*

sowie *III. Ambivalenzen und Perspektiven – Zur Analyse aktueller Entwicklungen*, spiegelt sich im Inhaltsverzeichnis und den Beiträgen wider.

Den Auftakt zu *I. Political Correctness – begriffliche Erkundungen zwischen Politik und Moral* bildet Robert Feustels Beitrag *Viel heiße Luft: Political Correctness und ihre Kritiker*. Am Beispiel des Anspruchs einer politisch korrekten Sprache wird darin nachgezeichnet, wie eine ursprünglich sinnvolle Idee, Diskriminierungen aufzuspüren, von neurechten Agitatoren genutzt wird, die Debatte von einer differenzierten ethischen Reflexion zu einer plumpen Normierung von *richtig* und *falsch* zu verschieben. Doch auch progressive Debatten zu politisch korrekter Sprache weisen problematische Untiefen auf, wie der Autor argumentiert.

Der Beitrag von Marc Fabian Erdl *Zu wenig, zu spät und am Ziel vorbei. Wie die Linken in den Neunziger Jahren den Kairos verpassten, den Mythos der Politischen Korrektheit zu versittlichen* skizziert zwei Versuche „deutscher Linker“, den Mythos Political Correctness progressiv zu wenden: die Sprechpraxen und Theorieversuche der Musikzeitschrift *Spex* sowie einen 1996 statt gefundenen Kongress im Umfeld der *Konkret*, der der Frage gewidmet war, ob Political Correctness als „linkes Projekt“ zu retten wäre. Erdl bescheinigt beiden Versuchen ein Scheitern und untersucht dessen mögliche Gründe.

In ihrer Auseinandersetzung *Sprachliche Gewalt und Political Correctness. Warum es vernünftig ist, dass Sprachgebrauch ethischen Regeln folgt* rekonstruiert Heidrun Kämper das ethische Prinzip politisch korrekten Sprachgebrauchs als einen Gedanken der Aufklärungsethik vor dem Horizont der Menschenrechte. Ausgehend von der Feststellung, dass sprachliche Gewalt nicht erst dort beginnt, wo aggressiv, obszön, sexistisch, gewaltverherrlichend etc. gesprochen und geschrieben wird, sondern bereits dort, wo Menschen auf bestimmte Weise klassifiziert und bewertet werden, plädiert die Autorin für eine Selbstverpflichtung zur Einhaltung ethischer Regeln des Sprachgebrauchs, die insbesondere in der Schule ihren Platz hat.

Alfred Schäfer nähert sich in seinem Beitrag *Kritik – Repräsentation – Schuld. Anmerkungen zu einer moralisierenden Figur der Diskriminierungskritik* der Frage der Problematisierung von Ausgrenzungs- und Unterdrückungspraktiken im Namen der Betroffenen mit ausgesprochener Skepsis an. Denn er sieht hier eine konstitutive Lücke zwischen Repräsentation und dem von ihr Repräsentierten, womit ein doppeltes Repräsentationsproblem verbunden ist. Der Beitrag untersucht, wie diese für politische Repräsentationen konstitutive Lücke durch Strategien der Moralisation verdeckt wird.

Der thematische Block *II. Zugehörigkeit und Differenz – Identität als Bezugspunkt der Kritik* wird mit Mona Singers Argumentation gegen die Vorstellung einer politisch unschuldigen Sprache eröffnet. Unter dem Titel „*Man kann sich nur als das wehren, als was man angegriffen ist*“. *Anmerkung zur Debatte um Identitätspolitik und politische Korrektheit* stellt der Beitrag die theoretischen Voraussetzungen und

politischen Implikationen im Gebrauch des Begriffs Identitätspolitik heraus. Dabei wird der fundamentale Unterschied zwischen einer rechten Politik des Natürlichen einerseits und einer Politik des Widerstands gegen das so Identifiziert-Werden andererseits stark gemacht.

Florian Cristobal Klenk rekonstruiert anhand von Originalpassagen aus dem feministischen Magazin *EMMA* und dem Sammelband *Beißreflexe* Diffamierungen der Gender und Queer Studies. *Kritik an Queer – Queere Kritik. Über die Abwehr der Gender/Queer Studies und die Reduktion ihrer Komplexität* zeigt entlang diskursiver Verkettungen auf, wie die Homogenisierung queerer Perspektiven nach einem Täter-Opfer-Prinzip, die Pathologisierung queerer Akteur*innen sowie die Individualisierung von Selbstkritik zur Verzerrung queerfeministischer Erkenntnisse führen.

Athina Paraschou und Katja Andersen erweitern in ihrer Auseinandersetzung *Political Correctness unter dem Aspekt der Anerkennung in der Migrationsgesellschaft: Eine kritische Reflexion von Schulbüchern in der Primar- und Sekundarstufe* den Fokus Political Correctness und Sprache um die Dimension von Bildern und Schule. Political Correctness sollte Schüler*innen dazu anregen, eigene Menschenbilder im Sprachlichen und Visuellen zu reflektieren. Mit zunehmender Vielfalt und Heterogenität scheint Schule jedoch besonders gefordert. Entlang von Beispielen zu Sprache und Bild wird veranschaulicht, wie das Medium Schulbuch Schüler*innen zur Reflexion und Artikulation des Selbst in Beziehung zum ‚Anderen‘ und zur Beteiligung im Fokus der Anerkennung anregt.

Besonders gefordert in ihrer Praxis sind auch Lehrende an Universitäten, folgt man Anke Wischmann in ihrem Beitrag *„Entschuldigung, aber Sie sind ja auch weiß.“ Probleme rassismuskritischer Lehre aus weißer Perspektive*. Die Autorin geht der Frage nach, ob und inwiefern eine rassismuskritische Lehre aus einer privilegierten, weißen Position heraus möglich ist. Die Selbst-Reflexion der Autorin wird mit vorliegenden Studien zu rassismuskritischer universitärer Lehre verknüpft, die zeigen, dass die Schwierigkeiten, die auftauchen, immer mit einer Stabilisierung bestehender Verhältnisse zusammenhängen.

Micha Brumliks Kommentar *Blinde Selbstkritik?* geht von der Bestimmung der „Political Correctness“ als einem Imperativ aus, Menschen nicht abschätzig zu kategorisieren. Folgt man dieser Definition, stellt sich die Frage, was von den Kritikern „Politischer Korrektheit“ eigentlich angegriffen wird. Im Begriff der Menschenwürde – als einem moralischen Gefühl mit universalistischem Anspruch, das unter höchst voraussetzungsreichen Bedingungen steht – findet der Autor eine unbedingte Antwort.

Wie Sprache, Gewalt und Verletzbarkeit im Zusammenhang mit einerseits pädagogisierenden Ambitionen einer verbesserten Sprachpraxis und andererseits dem Anliegen einer Kritik bestehender Normen und Ordnung stehen, diskutiert

Kerstin Jergus. Ihr Beitrag *Das Gift der Sprache – Zum Verhältnis von Sprache und Gewalt zwischen Normalisierungsbegehren, Pädagogisierung und Kritik* stellt die Frage nach der Gerechtigkeit gegenüber dem Ausgeschlossenen, Verworfenen und Kommenden, dessen Unverfügbarkeit nicht zuletzt Zweifel an Kontroll- und Regulierungsbemühungen in sprachlichen Politisierungen aufkommen lässt. Gerade die Reflexion auf die Unverfügbarkeit von Sprache rückt jedoch den Zusammenhang von nicht-souveränen, kritischen Praxen und ethischen Beziehungen ins Zentrum. Im letzten Teil *III. Ambivalenzen und Perspektiven – Zur Analyse aktueller Entwicklungen* problematisiert Christiane Thompson die Verkürzungen und Engführungen der auf Political Correctness bezogenen Kritik an Universitäten. Das skizzierte Spektrum reicht von Vorwürfen einer aggressiven und moralisierenden Zensur bis zur Orientierung an Sicherheit und Anerkennung, die die Freiheit des Denkens und Sprechen scheinbar gefährden. Der Beitrag *Akademische Redefreiheit und das Drama der PC. Eine kritische Bestandsaufnahme* zeigt einerseits auf, inwiefern auf diese Weise Kritik in eine mit Ressentiment geladene Kommentierungspraxis verwandelt wird. Andererseits fragt die Autorin im Sinne von weiterführenden Perspektiven nach einem Zwischenraum der Kritik, der zwischen dem Prinzip akademischer Redefreiheit und der Durchsetzung von Sprechverboten angesiedelt wäre.

Auch der Beitrag von Jennifer Eickelmann *Der Kampf um die Materialität digitaler Zeichen. Dissens und Verletzbarkeit miteinander – nicht gegeneinander – denken* sucht eingespielte Dichotomien zu überwinden. Im Hinblick auf digitale Teilöffentlichkeiten und Social Media wird untersucht, wie sich die beanspruchten Motive von ‚Redefreiheit‘ und ‚Hassrede‘ zu einander verhalten. Es wird argumentiert, dass beide Diskurse an einem (vermeintlich) konsensualen Universalismus orientiert sind und damit tendenziell an einer Entpolitisierung des Internets arbeiten. Den Abschluss bildet die Frage nach einem konstitutiven Moment demokratischen Miteinanders, in dem Prozesse des durchaus konflikthaften Aushandelns von Positionen – insbesondere im Kontext digitaler Hypermedialität – möglich werden.

Bedingt durch den digitalen Medienwandel gerät auch der Gegenwartsjournalismus unter Druck, wie Katharina Schell in ihrem Beitrag *Was ich nicht hören will. Was du nicht schreiben darfst. Fake News und Political Correctness: Die Geschichte einer diskursiven Entwertung* aufzeigt. So sind die Begriffe Fake News und Political Correctness allgegenwärtig im medialen Diskurs, allerdings werden sie meist unreflektiert und unhinterfragt eingesetzt. Das Resultat, so die Schlussfolgerung, ist eine Entwertung, die den gesellschaftlichen argumentativen Austausch verhindert.

Gegenüber der Unterscheidung von materiellen Ungleichheiten und sprachlichen Diskriminierungen geht Sophie Phries Künstler in *(Ent-)Subjektivierung als ‚Klassensubjekt‘ angesichts ‚politisch inkorrekten‘ Sprechens* den

Zusammenhängen von diskursiven und sozioökonomischen Ortszuweisungen nach. Der Beitrag geht aus von einem Wandel hinsichtlich des Sprechens über die ‚unteren Klassen‘, über Erwerbslose und Empfänger_innen staatlicher Transferleistungen, die bspw. nun (wieder) als ‚Sozialschmarotzer‘ bezeichnet werden, und fokussiert diese Verschiebung als eine, die aus der Überwindung eines Gebots ‚politisch korrekten‘ Sprechens resultiert. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Frage, welche Bedeutung und Konsequenzen solch ein verändertes Sprechen in Bezug auf ein ‚Klassensubjekt‘ des neoliberalen Staates hat.

Marie Frühauf und Fabian Kessl diskutieren in ihrem Beitrag *Das verletzte Subjekt als Anker politischer Korrektheit. Eine Problematisierung (sozial)pädagogischer Programme am Beispiel von Diversitätssensibilität und Kinderschutz in der bundesdeutschen Jugendhilfe*, inwiefern die Orientierung an Korrektheit mit spezifischen Vorstellungen von Verletzbarkeit verbunden wird. Hinsichtlich (sozial)pädagogischer Programmatiken wird deutlich, dass diese Orientierung insbesondere in moralisierender sowie paternalistischer Form auftritt. Das Problematische daran ist, dass die pädagogische Arbeit damit potenziell erschwert bzw. verkannt wird, da sie deren konstitutiv risikohafte Dimension durch eine standardisierte Gefahrenabwehr oder souveräne Selbstkorrektur auszuschließen versucht.

Unter der Rubrik *Historisches Stichwort* fragt Ingrid Lohmann, ob sich das Schwerpunktthema Political Correctness mit dem spätaufklärerischen Verständnis von „Betragen“ in Verbindung bringen lässt. Im *Jahresrückblick* analysiert Ronja Heinelt die *Fortschreitende Normalisierung rechten Denkens*. Ausgewählte Buchrezensionen zu den Themenkomplexen Ideologiekritik, Radikalisierung und Alternativen schließen das Jahrbuch 2018 ab.

Anmerkungen

- 1 In selbstkritischer Perspektive hat dies Didier Eribon (2016) in seiner auch in Deutschland viel beachteten Studie „Rückkehr nach Reims“ herausgearbeitet.
- 2 Die Diagnose eines Hypermoralismus ist ein beliebtes rechtskonservatives Sujet und findet sich schon bei Arnold Gehlen (vgl. jüngst Grau 2017) bis hin zu verschwörungstheoretischen Rhetoriken der AfD (vgl. Weiß 2017). Gleichwohl folgt auch die Diskussion um Moralisierung nicht vorweg eindeutigen politischen Positionierungen: Kritische Reflexionen auf Tendenzen der Moralisierung in der politischen Kultur finden sich bspw. auch bei Mouffe 2007; Pfaller 2017; Schmidbauer 2017 sowie Stegemann 2018.
- 3 In dieser Hinsicht diskutiert z.B. Haug 1999 den PC-Diskurs; vgl. auch Koppetsch 2019.
- 4 Zu den Publikationen im deutschsprachigen Raum vgl. exemplarisch Michael Brückner, Udo Ulfkotte (2013) „Politische Korrektheit. Von Gesinnungsterroristen und Meinungsdiktatoren“; Thilo Sarazin (2014) „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“; sowie die explizit islamfeindliche Website www.politicallyincorrect.de bzw. www.pi-news.net. Zur kritischen Einordnung der Thesen

Sarrazins in Kontexte antidemokratischer Positionen vgl. Kemper (2014), der darauf aufmerksam macht, dass hier keineswegs die Korrektheit, sondern eine spezifische politische Programmatik angegriffen wird – und zwar geradezu im Namen einer anderen Korrektheit. Schon Theodor W. Adorno wies in seinem erst kürzlich publizierten Vortrag „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ (1967/2009) auf das bis heute vorfindliche Muster der ‚Täter-Opfer-Umkehr‘ hin, das sich noch darin zeigt, dass – seitdem es bestimmte Regelungen gibt, die offen antidemokratische Positionierungen und Verlautbarungen unter Strafe stellen (vgl. ebd., S. 36 f.) – diese vermeintliche Einschränkung der Freiheit im Namen von Freiheit und Demokratie problematisiert wird, obwohl es sich um eine „Bewegung [handelt], die die Freiheit abschaffen will“ (ebd., S. 40).

- 5 Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159852327/Gabriel-will-RTL-Zuschauer-ernster-nehmen.html>
- 6 Christian Ultsch in *Die Presse* am 09.11.2016, Online unter: <https://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/5115545/Ein-krachendes-Votum-gegen-die-Elite-und-die-Globalisierung> [abgerufen am 12.11.2018].
- 7 Vgl. u.a. Das Sendeformat *Sternstunde der Philosophie* vom Schweizer Rundfunk: Philosophischer Stammtisch: Das Ende der Political Correctness? Online unter <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/philosophischer-stammtisch-das-ende-der-political-correctness?id=5e2fa8d3-861f-4a0a-9913-7665182c0388> [abgerufen am 12.11.2018]; die Analyse von Josef Joffe in *die Zeit: Volkes Stimm‘ und Grimm Political Correctness und Sprachtabu "gehen der Mehrheit auf die Nerven"*. Online unter <https://www.zeit.de/2019/23/politische-korrektheit-hoeflichkeit-luege-sprachverbote>. [Abgerufen am 30.05.2019] oder Armin Wolfs Rede anlässlich der Münchner Medientage „Political Correctness. Oder wie liberal ist unsere Meinungsdemokratie wirklich?“ in der er zu dem provakanten Schluss kommt, Social Media habe die Debatte versaut. Online unter: <https://www.arminwolf.at/2018/10/27/demokratischer-diskurs-ist-kein-safe-space/>. [Abgerufen am 12.11.2018].
- 8 Zu den Herausforderungen von Gefühlen und Politik in einer nach Gerechtigkeit strebenden Gesellschaft vgl. Nussbaum 2014; Charim 2018, S. 137–170.
- 9 Die Debatte um Political Correctness war in den 1990er Jahren bereits weit vorangeschritten (vgl. Diederichsen 1996; Haug u.a. 1996), wird heute jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Vgl. ausführlicher zu Entstehungskontexten der Diskussion um PC in den USA ab den 1980er Jahren sowie den Mitte der 1990er einsetzenden Debatten in Deutschland: Hall 1994; Manske 2002; Wierlemann 2002; Erdl 2004.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2019 [1967]): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. Ein Vortrag. Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede*. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Charim, Isolde (2018): *Ich und die Anderen: Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert*. Wien.
- Diederichsen, Diederich (1996): *Politische Korrekturen*. Köln.
- Diehl, Paula (2019): *Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre*. Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung. In: Bergem,

- Wolfgang/Diehl, Paula/ Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse. Bielefeld, S. 39–57.
- Dusini, Matthias/Edlinger, Thomas (2012): In Anführungszeichen: Glanz und Elend der Political Correctness. Frankfurt/M.
- Erdl, Marc Fabian (2004): Die Legende von der politischen Korrektheit. Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos. Bielefeld.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- Freire, Paulo (2008): Pädagogik der Autonomie. Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis. Münster.
- Grau, Alexander (2017): Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung. München.
- Hall, Stuart (1994): Some Politically Incorrect Pathways through PC. In: Dunant, Sarah (Hg.): The War of the Words. The Political Correctness Debate. London, S. 164–184.
- Haug, Frigga u.a. (Red.) (1996): „Political Correctness“. Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 213. Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz (1999): Politisch richtig oder richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Hamburg.
- Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Zur Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld.
- Manske, Ariane (2002): Political correctness und Normalität. Die amerikanische PC-Kontroverse im kulturgeschichtlichen Kontext. Heidelberg.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M.
- Nasschi, Armin (2017): Political Correctness: Zwischen Orthofonie, Bullshit und sozialem Wandel. In: Felixberger, Peter/ Ders. (Hrsg): Kursbuch 191: Bullshit.Sprech, S. 113–127.
- Nussbaum, Martha (2014) Politische Emotionen. Berlin.
- Paoli, Guillaume (2017): Die lange Nacht der Metamorphose. Über die Gentrifizierung der Kultur. Berlin.
- Pfaller, Robert (2017): Erwachsenensprache: Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur. Frankfurt/M.
- Reichenbach, Roland (2001): Demokratisches Selbst und dilettantisches Subjekt. Demokratische Bildung und Erziehung in der Spätmoderne. Münster.
- Ricken, Norbert (2007): Eine Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Über die Verachtung der Pädagogik. Analysen – Materialien – Perspektiven. Wiesbaden, S. 15–41.
- Schmidbauer, Wolfgang (2017): Helikoptermoral. Empörung, Entrüstung und Zorn im öffentlichen Raum. Hamburg.
- Stegemann, Bernd (2018): Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik, Berlin.
- Sternfeld, Nora (2009): Das pädagogische Unverhältnis. Lehren und lernen bei Jacques Rancière, Antonio Gramsci und Foucault. Wien.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart.
- Weiß, Volker (2019): Der Feind ist markiert. In: Jungle World. Online unter: <https://jungle.world/artikel/2019/27/der-feind-ist-markiert> [Abgerufen am 04.07.2019].
- Wierlemann, Sabine (2002): Political Correctness in den USA und in Deutschland. Berlin.